



Martin Häusling, MEP, agrarpolitischer Sprecher der GRÜNEN/EFA

## **Sachstand Trilog zu Direktzahlungen und ländlicher Entwicklung (Nr.7)** **Stand 17. September 2013**

Bei diesem Trilog wurden lediglich Positionen ausgetauscht, offene Punkte wurden nicht gelöst. Ein weiterer/letzter Trilog ist für kommenden Dienstagabend, den 24. September vorgesehen.

Die litauische Präsidentschaft beruft sich auf bestehende Ministerratsbeschlüsse. Alle „offenen“ Punkte seien durch die Entscheidungen des mehrjährigen Finanzrahmens, dem EU-Haushalt 2014 – 2020 (MFF) geregelt.

Das Parlament besteht auf die Juni-Vereinbarung zwischen Ratsdelegation und Europäischem Parlament. Alle MMF relevante Punkte, bei denen der Rat die Verhandlungen im Trilog verweigert hat, nun abschließend zu klären.

Der Rat müsse den Lissabon-Vertrag respektieren. Es zeigt sich, dass der Berichterstatter, Luis Capoulas-Santos (S&D-Fraktion), mittlerweile zu sehr weitreichenden Zugeständnissen bereit ist, z.B. die ursprüngliche Parlamentsposition bei 300.000 Euro eine Kappung der Direktzahlungen einzuführen, fallen zu lassen. Das akzeptieren wir Grüne nicht.

Den Schattenberichterstattern der anderen Parlamentsfraktionen wurde vom Berichterstatter der S&D-Fraktion nicht signalisiert, wo die roten Linien für das Europäische Parlament liegen.

### **I. Säule: Degression der Direktzahlungen:**

Der Berichterstatter, Capoulas-Santos S&D, setzt die Degression mittlerweile sehr niedrig an.

Nach seinem aktuellen Vorschlag sollen 5% zwischen 150.000. bis 300.000 Euro gekürzt werden, 10% über 300.000 Euro.

Der Rat bietet eine obligatorische Degression von 5% über 150.000 Euro an, wobei sich diese Degression nur auf die Basisprämie beziehen soll (nicht aufs Greening oder die Junglandwirteprämie).

Die litauischen Vertreter machten sehr deutlich, dass Deutschland (Aigner) keine weitere Degression akzeptieren werde. Das sei quasi ein letztes Angebot, alle anderen MMF bezogener Punkt müssten aus den Verhandlungen ausgenommen werden.

Der Berichterstatter verweist erneut auf die Trilogentscheidung vom Juni d. J.

Das Angebot des Rates als auch das des Berichterstatters ist aus Grüner Sicht absolut unzureichend.

Kein Ergebnis, Vertagung auf nächste Woche.

### **I. Säule: Flexibilität zwischen den Säulen:**

Das EU-Parlament ist nicht gewillt, dem Vorschlag des Rates zu folgen. Der vom Rat vorgesehene hohe Mitteltransfer, nämlich 15% von der II. in die I. Säule für die meisten Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland und 25 % für einige weitere Mitgliedstaaten, darunter auch Großbritannien, geht voll zu Lasten der ländlichen Räume.

Es wird erklärt, bereits im Februar seien während der Verhandlungen zum MFF die Prozentsätze zum Transfer zwischen den Säulen (15%, 25%) festgelegt worden. Durch versprochene nationale Mittelzuweisungen an einige Mitgliedstaaten, seien nun der Transfer zwischen den Säulen und die nationalen Mittelzuweisungen miteinander verknüpft und am Transfer zwischen den Säulen könnte somit nichts mehr verändert werden.

Wir Grüne verurteilen die Art und Weise der Finanzvereinbarung vom 4.2.2013 zum MFF sowie das jüngste Verhalten des Rates. Rat und Parlament, beide Institutionen sind an den Vertrag von Lissabon

gebunden, d.h. die Verhandlungen müssen zwischen dem Parlament und dem Rat erfolgen. Hinterzimmer-Geschäfte zwischen Mitgliedstaaten verurteilen wir aufs schärfste, sie haben mit einer demokratischen Entscheidungsfindung nichts mehr zu tun.  
Kein Ergebnis, die Entscheidung wird auf die kommende Woche verschoben.

## **II. Säule Kofinanzierungssätze:**

Weiterhin ist dieser Punkt offen. Capoulas Santos (S&D) fordert, dass Mittel, die von der I. in die II. Säule transferiert werden, kofinanziert werden müssen. Der Rat will eine 100 %ige Finanzierung durch die EU.

Hier teilen wir Grüne die Ansicht des Rates. Mittel, die aus der I. in die II. Säule überführt werden, sollten nicht kofinanziert werden müssen. Für viele Mitgliedstaaten wird der Mitteltransfer erst dann realisierbar, wenn keine Kofinanzierung anfällt. Es ist unrealistisch, dass sich Mitgliedstaaten wie Griechenland, Spanien oder Portugal eine Kofinanzierung aufbringen können.

Über die Höhe der Kofinanzierungssätze (benachteiligte Gebiete, andere Regionen, für Agro-Umweltmaßnahmen) wurde keine Entscheidung getroffen und die Verhandlung auf die kommende Woche vertagt.